

21/1994

CDU-Generalsekretär Peter Hintze:

SPD setzt weiter auf Angst, Krise und Miesmacherei

Zur Rede des SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharping auf dem Parteitag in Halle erklärt der Generalsekretär der CDU, Peter Hintze: Nichts Neues aus Halle. Die Taktik der SPD bleibt unverändert. Sie setzt auf Angst, Krise und Miesmacherei. Ich habe Verständnis dafür, daß im Wahlkampf der politische Gegner bekämpft wird, ich habe aber kein Verständnis dafür, daß die SPD den Aufschwung bekämpft.

Sie verspricht den Bürgern Reformen und blockiert gleichzeitig alle zukunftsweisenden Gesetze im Bundesrat. Die Bürger haben in frischer Erinnerung, wer etwa für die Blockade des Asylrechts oder der modernen Technologien die Verantwortung trägt.

Die SPD würde ihr Programm nur umsetzen können, wenn sie auch den Beziehern kleinerer Einkommen ungeniert in die Tasche greift. Die SPD täuscht den Wähler, wenn sie den Anschein erweckt, durch eine Mehrbelastung sogenannter Besserverdienender ihre Projekte finanzieren zu können. Mit dem vorgelegten Programm würde die SPD die Steuer-schraube überdrehen.

Die SPD spricht vom Wechsel, aber wie immer ist der Wechsel bei ihr nicht gedeckt.

Scharping hat in seiner Rede der Koalitionslüge neue Nahrung gegeben. Er will nicht offenlegen, daß der SPD nur die Wahl zwischen Rot-Grün und Rot-Rot bleibt. Beide Optionen würden Deutschland wirtschaftlich schwächen und außenpolitisch isolieren.

HEUTE AKTUELL

● SPD

Signale stehen auf rot-grün.
Seite 3

● Asyl

Die Zahl der Bewerber ist weiterhin rückläufig. Seite 5

● Bundestag

Rainer Eppelmann: Die DDR war ein lebenslänglicher Knast.
Seite 7

● CDU/CSU

Die linksradikale PDS bekämpfen wie die rechtsextremen Parteien. Seite 9

● Drogen

Lehrer gegen staatlich abgesegnete Verführung. Seite 11

● Kommunalwahlen

Analysen und Ergebnisse aus verschiedenen Ländern. Seite 13

● ÖA

Auf in den Familiensommer.
Seite 20

● Dokumentation

Rede von Helmut Kohl anläßlich der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises 1994.
Grüner Teil

Internationale Presse erteilt Bundeskanzler Kohl Bestnoten

Eine Analyse der Europawahlen, die in der Pariser Zeitung „Le Monde“ veröffentlicht wurde, ist zu einem geradezu überschwänglichen Loblied auf den deutschen Bundeskanzler geworden. Helmut Kohl, so heißt es in dem renommierten Blatt, repräsentiere zur Zeit die beste Lösung sowohl für Deutschland als auch für Europa. „Le Monde“ zufolge sind die Europawahlen zu einem regelrechten Triumph für Kohl geworden. Dieser Erfolg des deutschen Bundeskanzlers ist laut „Le Monde“ um so bemerkenswerter, da Kohl nun schon zwölf Jahre an der Macht ist und es nur wenige Politiker gebe, die das vorweisen könnten. Doch seine Durchhaltkraft, seine Festigkeit, sein politisches Geschick und „auch sein Glück“ hätten ermöglicht, daß Kohl bisher die enormen Probleme gemeistert habe. Auch die renommierte britische Zeitung „The Sunday Times“ rühmt in ihrer jüngsten Ausgabe die Errungenschaften des deutschen Kanzlers. Die Europawahlen hätten gezeigt, daß er ein „Meister mit magischem politischem Instinkt“ sei. Helmut Kohl habe wirkungsvoll bewiesen, daß es möglich sei, eine Rezession zu überwinden und der Opposition die Hände zu binden.

Wohngeld-Fibel erschienen

Soeben ist die 35. Auflage der Broschüre „Wohngeld“ erschienen. 500 000 Exemplare stehen zur Verfügung. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gibt diese Fibel seit Jahrzehnten mit fachlicher Unterstützung des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau heraus.

Schon seit fast 30 Jahren hilft das Wohngeld Mietern und Inhabern von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen, die Wohnkosten zu tragen. Das Wohngeld wird je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern bezahlt. Im Durchschnitt senkt das Wohngeld die selbst zu tragende Miete um mehr als 30 Prozent.

Gerade in einer Zeit, in der die Wohnungsnachfrage fast überall besonders groß ist, hat die soziale Absicherung des Wohnens durch das Wohngeld erhöhte Bedeutung. Es entlastet alle Haushalte,

deren Einkommen nicht ausreicht, um sich selber eine angemessene Wohnung zu besorgen, und ist in jedem Einzelfall auf die individuelle Situation der Betroffenen zugeschnitten.

Auf Wohngeld besteht ein Rechtsanspruch. Jeder, der die Voraussetzungen erfüllt, sollte seinen Anspruch geltend machen. Die Höhe des Wohngeldes hängt vom Familieneinkommen, von der monatlichen Miete bzw. Belastung und von der Zahl der Familienmitglieder ab. Dabei werden kinderreiche Familien stärker begünstigt als kleinere Haushalte. Die Broschüre enthält einen umfangreichen Tabellenteil mit den zu erwartenden Wohngeldbeträgen.

Sie liegt demnächst in allen kommunalen Wohngeldstellen aus und kann auch kostenlos beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 53105 Bonn, angefordert werden.

Signale stehen auf rot-grün

„Das war in der ersten Runde eine Niederlage. Es kommen aber weitere.“ Präzise wie selten beschrieb der SPD-Vorsitzende Scharping vor Journalisten die Lage seiner Partei nach der Europa-Wahl. Natürlich war das ein Versprecher, den Scharping — als unter den Medienvertretern Heiterkeit aufkam — sogleich korrigierte, indem er das Wort „Runden“ hinzufügte. Solche Versprecher zeigen aber, daß bei der SPD und ihrem Vormann die Nervenenden blank liegen. Sie „stehen mit dem Rücken zur Wand“, wie die „Frankfurter Rundschau“ (14. Juni 1994) zutreffend kommentierte.

Prompt brach in der SPD mit voller Wucht die Diskussion über ein rot-grünes Bündnis in Bonn los, die Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen bereits vor der Europa-Wahl mit der Bemerkung beflügelt hatte, „daß rot-grün auch auf Bundesebene längst seinen Schrecken verloren hat“. (Der Spiegel, 22/1994) Nach der Europa-Wahl ist die Zeit des verschämten Augenzwinkerns in Richtung rot-grün vorbei. In der SPD summieren sich die Einzelstimmen, die ganz offen für ein rot-grünes Bündnis werben, inzwischen zu einem Chor:

■ Heide Simonis: „Die Menschen wollen eine Wende ... zum rot-grünen Bündnis.“ (Bild-Zeitung, 15. Juni 1994)

■ Für den SPD-Abgeordneten Hans Martin Bury „gibt es nur eine mögliche Option — rot-grün“. (Bild-Zeitung, 15. Juni 1994)

■ Heidemarie Wieczorek-Zeul: „Wer einen Regierungswechsel will, muß zur Kenntnis nehmen, daß dies ... nur mit den Grünen denkbar ist.“ (Bild-Zeitung, 15. Juni 1994)

■ Für Wolfgang Thierse ist „wahrscheinlich, daß wir es mit den Grünen machen müssen und auch machen wollen.“ (Bild-Zeitung, 15. Juni 1994)

■ Selbst Fraktionschef Hans-Ulrich Klose, der eine Koalitionsaussage vor der Wahl einerseits für „völlig unsinnig“ hält, kann sich andererseits „vorstellen, daß man den sogenannten ökologischen Umbau mit grün besser hinkriegt.“ (ddp, 30. Mai 1994)

■ Erhard Eppler, ein langjähriger SPD-Vordenker, befindet: Die SPD „kann ohne die Grünen nicht regieren“. (Die Zeit, 10. Juni 1994)

„Grüne kämpfen für SPD“

Einem so anhaltenden Liebeswerben durch die SPD werden die Grünen nicht widerstehen können und wollen. Allerdings haben führende Grüne offenbar Zweifel daran, ob die SPD unter Scharping überhaupt noch zum Kampf um Wählerstimmen fähig ist. Vorstandssprecher Ludger Volmer bietet deshalb an: Wenn nötig, würden die Grünen „für die SPD mitkämpfen“. (Die Welt, 14. Juni 1994)

Kritik an Scharping wächst

Verbunden mit der Koalitionsdebatte, die Scharping verbissen abzuwehren sucht („Sie schadet unseren Wahlchancen“/Bild-Zeitung, 15. Juni 1994), trifft den SPD-Vorsitzenden in nahezu täglich steigendem Maße herbe Kritik aus den eigenen Reihen an seiner Wahlkampfstrategie:

■ Erhard Eppler meldete sich in der „Zeit“ (10. Juni 1994) mit „Wut im Bauch“ zu Wort: „Was hilft nicht? Ein Opportunismus, den auch der Dummste durchschaut. ... Wenn die Angst um den

Arbeitsplatz grassiert, nützt es wenig, auf Plakate einfach Arbeit! Arbeit! Arbeit! zu schreiben. Die Leute wollen wissen, wie diese Arbeit entstehen und aussehen soll. ... Es ist richtig, die Außenpolitik beiseite zu lassen. Was die SPD da zu bieten hat, ist nicht überwältigend.“

■ Die linke „taz“ (15. Juni 1994) empfahl eine „Initiative außerhalb der Parteien“, um die SPD in Zugzwang zu bringen. Begründung: „Da Scharping die gesellschaftliche Mehrheit für den Wechsel nicht organisieren will und die Grünen allein dazu nicht in der Lage sind, ist es an der Zeit, über Selbsthilfemaßnahmen nachzudenken.“

Die Medien registrierten aufmerksam, daß Gerhard Schröder der SPD-Präsidiumssitzung am Tage nach der Europawahl absichtlich fernblieb. Auch verweigerte er Kommentare zum Wahlausgang: „Ich bin gar nicht da.“ (dpa, 14. Juni 1994)

Hilfreich für Schröder ist der „Spiegel“, der keine Gelegenheit ausläßt, Scharping eins auszuwischen: „Der Kanzlerkandidat übt sich in der Kunst, den Verfall seines Ansehens und den seiner Partei zu ignorieren.“ (6. Juni 1994)

Auch das Wort des Monats über Scharping war im „Spiegel“ (Nr. 21./94) zu lesen. Tom Koenigs, grüner Stadtkämmerer von Frankfurt am Main: „Wenn Sie mich fragen, wie finden Sie Scharping, dann muß ich sagen: Ich finde ihn überhaupt nicht.“

„... Richtig ist, daß die SPD jetzt aufwacht. Frage: Hat sie bisher geschlafen? Antwort: Offensichtlich.“ Herta Däubler-Gmelin, n-tv, 13. Juni 1994

Schröder sagte im Spiel-Interview, die SPD könnte „mit law-and-order-Parolen nicht mit der CDU konkurrieren und schon gar nicht gewinnen“. Er kritisierte überdies Scharpings Entscheidung, die

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Schwerpunkt zu machen, da sich dieses Thema nur schwer für die Selbstdarstellung der Opposition eigne. Schröder bemängelte auch die auf Scharping zugeschnittene Wahlkampfstrategie: Die SPD müsse verdeutlichen, daß sie neben ihrem Vorsitzenden und Kandidaten eine Reihe von Leuten habe, „die auch was können“; sich selbst rechne er „in aller Bescheidenheit dazu“ (AP).

Die Koalitionsfrage sorgt weiter für Unruhe in der SPD: Der Bezirk Hessen-Süd forderte mit großer Mehrheit eine Koalitionsaussage für B90/Grüne. Auf dem Parteitag sprach sich auch Wiczorek-Zeul für die Grünen als Koalitionspartner im Bund aus; Eichel erklärte, die SPD müsse jetzt sagen, daß ein rot-grünes Bündnis eine Alternative sei (rtr).

Eine Wickert-Umfrage unter 3 058 Wahlberechtigten ergab: Mehr als zwei Drittel der Wähler sind inzwischen davon überzeugt, daß die SPD im Herbst mit B90/Grüne zusammengehen würde und nur aus taktischen Gründen keine solche Koalitionsaussage macht. (ddp/ADN). ■

Bernd Neumann wieder Spitzenkandidat

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Bernd Neumann, führt erneut als Spitzenkandidat der Bremer CDU seine Partei in den Bundestagswahlkampf. Neumann, auch CDU-Landesvorsitzender, wurde in Bremen mit 95 Prozent der Delegiertenstimmen auf Platz eins der Landesliste gewählt. Bei einer Kampfabstimmung um Platz zwei setzte sich der 43jährige Landes- und Fraktions-Vizechef Michael Teiser mit 85 zu 34 Stimmen gegen MdB Günter Klein durch.

Das neue Asylrecht zieht

Daß die Zahl der Asylbewerber im Mai dieses Jahres mit 9 287 Personen (April 8 789) zum zweiten Mal weniger als 10 000 registrierte Personen ausmacht, stellt einen Erfolg des auf Initiative von CDU und CSU novellierten Asylrechts dar. Verdeutlicht wird dieser Erfolg, wenn man die Zahlen des Vorjahres gegenüberhält: Im April vorigen Jahres waren 41 243 und im Mai 31 705 Asylbewerber zu uns gekommen.

Der Rückgang der Asylbewerberzahlen um mehr als zwei Drittel stellt den Erfolg

Zur Entwicklung des Asylbewerberneuzugangs seit Inkrafttreten des neuen Asylrechts im Sommer des vergangenen Jahres erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

dar, den wir uns mit der Asylrechtsnovellierung gewünscht haben — zumal er mit einer geringeren werdenden Anzahl von Fällen des Mißbrauchs des Asylrechts verknüpft ist. Dies belegen die Zahlen über die Anerkennung von Asylbewerbern. Während im ersten Halbjahr 1993 unter der Geltung des alten Asylrechts in Deutschland nur 5 130 Asylbewerber als politisch verfolgt anerkannt worden waren, verdoppelte sich diese Zahl im zweiten Halbjahr 1993 auf 11 266 Asylberechtigte. Die Anerkennungsquote stieg von 2,1 Prozent im ersten Halbjahr 1993 auf 4,2 Prozent im zweiten Halbjahr 1993. Im letzten Monat stieg sie weiter auf 6,7 Prozent.

Erfreulich zudem: Im Monat Mai 1994 hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge über die Anträge von 28 975 Personen entschieden. Das sind nahezu 20 000 Personen mehr, als im Mai zugereist sind. Das verstärkt unsere Hoffnung, daß es bis zum Ende dieses Jahres beim Bundesamt keinen Rückstau noch nicht bearbeiteter Asylanträge mehr geben wird mit der Folge, daß jeder Asylantrag unmittelbar bearbeitet werden kann. Folglich wird auch künftig kein Anreiz mehr bestehen, wegen des Aufenthaltsrechts während der Bearbeitung des Asylantrages unter Mißbrauch des deutschen Asylrechts in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen.

Verbraucher wieder optimistischer

Die Verbraucher sehen die Entwicklung ihrer derzeitigen finanziellen Lage seit dem Jahreswechsel von Monat zu Monat optimistischer. Das berichtet die Nürnberger GfK Marktforschung. Nach den Einbrüchen während der vorangegangenen Rezession sei seit Anfang 1994 bei den westdeutschen Konsumenten eine kräftige Tendenz zur Zuversicht feststellbar. Bei den Verbrauchern in den neuen Bundesländern sei die Einschätzung ihrer Einkommenszufriedenheit zwar bis März noch rückläufig gewesen; jedoch habe sich seitdem auch dort eine „Trendwende“ abgezeichnet.

Damit habe die Einschätzung einer konjunkturellen Erholung inzwischen nicht nur in den Unternehmen, sondern auch bei den Verbrauchern Oberhand gewonnen.

Zahl der älteren Menschen steigt auf über 25 Prozent an

Die Zahl der mehr als 100 Jahre alten Menschen in Deutschland wird sich bis zum Jahr 2000 von derzeit rund 4500 auf über 13000 Personen fast verdreifachen. Das geht aus einem Bericht der Enquetekommission „Demographischer Wandel“ des Bundestages hervor.

Der Anteil der über 60jährigen an der Bevölkerung von gegenwärtig 21 Prozent werde bis zur Jahrtausendwende auf 26 Prozent steigen. 2030 werde ihr Anteil sogar 35 Prozent betragen. Der steigende Anteil alter Menschen an der Bevölkerung wird nach Ansicht der CDU-Abgeordneten und früheren Familienministerin Ursula Lehr jedoch „nicht zu einer Vergreisung der Gesellschaft in Deutschland“ führen. Die Alten von heute seien körperlich fitter und geistig reger als frü-

her, erklärte die Altersforscherin. Ihre gesellschaftspolitische Bedeutung werde sogar steigen. Im Jahr 2000 würden bereits 25 Prozent des gesamten Geld- und Grundvermögens den über 65jährigen gehören. Angesichts der zunehmenden Lebenserwartung und sinkender Geburtenraten müsse darüber nachgedacht werden, ob und wie Deutschland Einwanderungsland werde, erklärte Lehr. Dies werde ein wichtiges Thema der kommenden Legislaturperiode sein.

Nach dem Bericht betrug die Einwohnerzahl in Deutschland am 1. Januar 1993 rund 81 Millionen, davon 6,88 Millionen Ausländer. 97 Prozent der Ausländer lebten danach in Westdeutschland, lediglich drei Prozent in den neuen Bundesländern. Die größte ausländische Bevölkerungsgruppe stellten die Türken mit etwa 1,86 Millionen. ■

Ein gutes Beispiel

Am Beispiel der Agrarsozialreform prä-sentierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine neue Dialogform für die Umsetzung von Gesetzen. In Deutschland — so der Berichterstatter der CDU/CSU für die Agrarsozialreform, Hans-Joachim Fuchtel, wird zuviel Papierflut bei der Gesetzesumsetzung produziert. Beamte könnten dies bewältigen, weil notfalls ihre Zahl vergrößert würde. Wenig beachtet werde, was aber der Gesellschaft, vor allem den ehrenamtlichen Funktionsträgern bei der Umsetzung von Gesetzen in die Gruppenbetroffenheit der Gesellschaft zugemutet werde. Die Politik müßte zum einfacheren Weg zurückfinden: Den direkten Dialog in der

Erläuterungs- und Umsetzphase von Gesetzen, die sich an bestimmte Gruppen in der Gesellschaft richteten. In der vergangenen Woche hat die CDU/CSU dieses Verfahren in gelungener Form experimentiert. Der Einladung der CDU/CSU waren über 300 Kreisbauernobeleute und Landfrauenvorsitzende ins Bonner Wasserwerk gefolgt. Drei Stunden lang hatten die ehrenamtlichen Funktionsträger Gelegenheit, ihre Meinung nicht nur mit den zuständigen Politikern, sondern auch den an der Gesetzgebungsarbeit beteiligten Beamten auszutauschen. Einhelliger Tenor: Nicht nur die Agrarsozialreform ist akzeptierbar, sondern auch das neue Dialoginstrument hat Zukunft! ■

Eppelmann: Die DDR war „lebenslänglicher Knast“

Mit einer deutlichen Absage an jede Form von Diktatur hat der Bundestag in Bonn den Abschlußbericht der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte entgegengenommen. Am Gedenktag des Aufstandes in der DDR vor 41 Jahren verabschiedete der Bundestag ohne die Stimmen der PDS-Abgeordneten einen Entschließungsantrag von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, in dem die Resultate der 27monatigen Kommissionsarbeit zusammengefaßt sind.

Darin wird betont, die politisch-moralische Verurteilung der SED-Diktatur bedeute keine Verurteilung der ihr unterworfenen Menschen. Der Vorsitzende der Kommission, Rainer Eppelmann (CDU), verglich in der Debatte die Arbeit der Enquetemitglieder mit der eines Suchtrupps in einem verfallenen Haus, welches die DDR symbolisiere. Auf flüchtige Betrachter habe dieses Haus wie andere europäische Häuser gewirkt; es habe aber vermauerte Fenster gehabt. Darin zu leben sei gleichbedeutend gewesen mit „lebenslänglich Knast“. Die ehemaligen Machthaber dürften auch mit einem neuen Firmenschild nie wieder die Chance zur Ausübung politischer Macht erhalten. Zur PDS gewandt, sprach Eppelmann von „Rattenfängern“.

Die übergroße Zahl der DDR-Bürger habe sich nicht korrumpieren lassen, so Eppelmann weiter. Manche müßten sich jedoch zu einer Teilschuld bekennen, sei es, weil sie sich anpaßten oder weil sie etwas wußten und doch schwiegen. Einen größeren Schuldanteil hätten diejenigen auf sich geladen, die wider besseres Wis-

sen lobten. Am wenigsten verständlich sei das Verhalten jener, die von außen kamen und die DDR fortschrittlich nannten.

Eppelmann wörtlich: Nach 27 Monaten fleißiger und zumeist einvernehmlicher Arbeit erkläre ich: Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ war notwendig und sinnvoll. Wir wissen heute ein großes Stück besser Bescheid über jenes Haus. Der Bericht, den unsere Kommission heute auf der Grundlage der antitotalitären Übereinstimmung der Demokraten dem Parlament vorlegt, beschreibt in knapper Weise die Erfahrungen und Einsichten, die wir bei unserem ersten Rundgang gewonnen haben. Wer es noch genauer wissen will, den verweise ich schon jetzt auf die Materialien unserer Enquete-Kommission, d. h. die Protokolle unserer 44 öffentlichen Anhörungen und die 148 wissenschaftlichen Expertisen — insgesamt rund 15.000 Seiten.

Heute sind wir mit der Schadensbesichtigung und -beseitigung beschäftigt. Groß sind die inneren und äußeren Schäden, die wir feststellen müssen. Zu groß sind die Kosten, die wir alle gemeinsam aufbringen müssen, um das alles in Ordnung bringen zu können, was die SED ange richtet hat. Zu groß und in allzu vielen Fällen nicht mehr korrigierbar sind die Leiden und Ungerechtigkeiten, die den Menschen zugefügt wurden.

Trotzdem bin ich der Meinung: Wir sind auf dem richtigen Weg! Wir haben uns daran gemacht, den Schadensbericht aufzustellen. Wir haben die Urheber der Schäden festgestellt und sind uns in der

Telefonaktion zum Thema Teilzeitarbeit

Das Bundesarbeitsministerium hat ab sofort unter der Nummer (01 30) 62 82 ein Bürgertelefon zum Thema „Teilzeitarbeit“ eingerichtet. Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer können unter dieser kostenlos anwählbaren Telefonnummer Antworten auf ihre Fragen zur Teilzeitarbeit erhalten. Das Teilzeitlefon soll einen Beitrag dazu leisten, die Information von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu verbessern, um so Hemmnisse bei der Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen abzubauen. Das Telefon ist montags

**Ab sofort Informationen
und Beratung unter Nr. :
(01 30) 62 82**

bis donnerstags von 8 bis 20 Uhr erreichbar.

Zum Service für Arbeitgeber gehört auch die Weitervermittlung an regionale Stellen, die konkrete betriebliche Beratung zur Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen leisten können. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW), den Arbeitgeberverbänden, den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern.

Außerdem bietet das Bundesarbeitsministerium eine Broschüre mit dem Titel

Überzeugung einig: Nie wieder Diktatur mit welcher wohlklingenden Begründung sie uns auch immer nahegebracht werden soll. Nie wieder dürfen diejenigen, die damals die Macht hatten und für die Katastrophe die Gesamtverantwortung tragen, das Heft in die Hand bekommen — egal unter welcher neuen Bezeichnung.“

„Teilzeitarbeit“ an, die ausführliche Informationen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber enthält. Die Broschüre ist kostenlos erhältlich beim Bundesarbeitsministerium, Postfach 14 02 80, 53107 Bonn.

Adenauer-Preis für Helmut Kohl

Für seine Verdienste um die deutsche Einheit ist Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem Konrad-Adenauer-Freiheitspreis der Deutschland-Stiftung ausgezeichnet worden. In seiner Dankesrede in der Münchner Residenz sprach sich der Kanzler für „einen neuen Bürgersinn“ in Form eines „gelebten Patriotismus“ aus. Die Deutschen müßten sich wieder „auf Tugenden besinnen wie Mut und Verlässlichkeit, Fleiß und Eigenverantwortung, Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft“.

Kohl warnte davor, Patriotismus mit der Unterstellung zu desavouieren, die Grenzen zwischen Nationalstolz und Nationalismus seien fließend. „Widerstehen wir auch der Versuchung, Patriotismus deshalb zu verachten, weil dieser Wert während der NS-Zeit in Verruf gebracht und damals mißbraucht wurde.“ Mit Nachdruck wandte er sich gegen jede Form von Nationalismus oder einer Lockerung der Westbindung Deutschlands. Patriotismus und europäische Gesinnung müßten sich künftig ergänzen. „Wer Haß gegen Ausländer schürt, kann für sich niemals in Anspruch nehmen, ein guter Patriot zu sein.“ Max Adenauer, Sohn des Alt-Kanzlers, überreichte die Auszeichnung. (Wortlaut der Rede im grünen Teil dieser Ausgabe.)

Die linksradikale PDS bekämpfen wie die rechtsextremen Parteien!

Die Fraktionen der CDU und der CSU in den Ländern und im Bund haben sich auf ihrer gemeinsamen Fraktionsvorsitzenden-Konferenz in Weimar dafür ausgesprochen, gegen die SED-Nachfolgeorganisation PDS mit allen demokratischen Mitteln politisch vorzugehen. Sie fordert die Delegierten des SPD-Bundesparteitages in Halle dazu auf, sich von einer Zusammenarbeit mit der PDS auf allen Ebenen klar zu distanzieren. Die Fraktionsvorsitzenden sehen die PDS als eine Gefahr für die Demokratie. Sie müsse als linksradikale Partei in der gleichen Weise wie die rechtsradikalen Republikaner bekämpft werden. Die Fraktionsvorsitzenden erklärten in Weimar im Wortlaut:

„Die linksradikale SED-Nachfolgeorganisation „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) ist eine große Gefahr für unsere Demokratie. Sie ist zentralistisch geführt, weist also bereits in sich keine demokratischen Strukturen auf. Die Mitglieder der PDS-Unterorganisation „Kommunistische Plattform“, von der sich die PDS-Führung mit keinem Wort distanziert, sind dogmatische Kommunisten, die erklärtermaßen einen anderen Staat wollen und die soziale Marktwirtschaft ablehnen.

Insgesamt muß festgestellt werden, daß die Führungskader der PDS aus der Geschichte nichts gelernt haben. Sie haben Ende 1989 die offizielle Rechtsnachfolge der SED angetreten, weigern sich jedoch, auch die Verantwortung für Mauerbau, Schießbefehl und das unendliche Leid zu übernehmen, die das DDR-Unrechtssystem über die Menschen

gebracht hat. Anstatt Reue zu zeigen, treten die PDS-Größen auf Veranstaltungen und in Talkshows auf, als ob sie mit 40 Jahren DDR nichts zu tun hätten.

Die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden aller Bundesländer und im Bund sind

Konferenz der Vorsitzenden der Fraktionen von CDU und CSU in Bund und Ländern vom 20. bis 22. Juni 1994 in Weimar

sich mit Blick auf diese nicht zu bezweifelnden Tatsachen einig darin, daß die Spalterpartei PDS für keine demokratische Partei und auf keiner Ebene ein Partner sein darf. Eine klare Abgrenzung zur PDS ist ein deutliches Bekenntnis für unsere Demokratie, die sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt hat. Wir sind entschieden gegen eine opportunistische Anbiederung an die Kommunisten, und jeder, der mit der PDS paktiert, tritt fünf Jahre nach dem Fall der Mauer die von den Menschen in den Montags- und Donnerstagsdemonstrationen erstrittenen Rechte mit Füßen.

Besonders die SPD ist gefordert. Es gehört zu den historischen Versäumnissen der SPD, daß sie sich von linksextremen Kräften nicht deutlich genug absetzt. Viele, die die Verschmelzung der SPD mit der KPD zur SED, den Handschlag zwischen Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck nicht hinnehmen wollten, wurden inhaftiert, viele starben in den DDR-Gefängnissen. Die SPD muß sich fragen lassen, ob sie die Wiederholung des Ausverkaufs

Zitat

Was in Italien und Frankreich pas-sierte, kündigt sich auch in Deutschland an: Die SPD findet kein Wahlkampf-konzept und bereitet so den Boden für einen Wahlsieg Kohls. Die Europawahl hatte Scharping im Stile der 50er Jahre auf zwei Schienen geführt: Arbeit, Arbeit, Arbeit hieß die eine, innere Sicherheit die andere. Die Wähler aber reagierten weder auf sozialdemokrati-sche Traditionsparolen noch auf Anlei-hen aus dem konservativen Themenka-talog. Die Person des Kohl-Herausfor-derers verkörpert das Dilemma der Sozialdemokratie: Die Wirtschaft hat ihm die Rolle als kompetenter Kohl nicht abgenommen. Die Basis erkennt in ihm keine Alternative. Seine Partei-freunde sehen ihn nicht als Sieger – und bauen für die Niederlage vor.“

Der Kurier, Wien, 21. 6. 1994

sozialdemokratischer Politik nach 48 Jah-ren riskieren will.

Der SPD-Bundesparteitag in Halle ist für die Sozialdemokraten ein hervorragender Anlaß zur kritischen Selbstreflektion; der SPD-Bundsvorsitzende Rudolf Schar-ping darf diese Gelegenheit nicht versäu-men, die völlige Abgrenzung von der PDS in ganz Deutschland deutlich zu for-mulieren und den Schmusekurs einiger SPD-Genossen besonders in den jungen Bundesländern zu beenden. Die SPD darf kein neues Volksfrontbündnis einge-hen!

Wir fordern Herrn Scharping desweiteren auf, sich für eine Aktion „Demokraten wählen Demokraten“ auszusprechen. Überall dort, wo in den Stichwahlen am 26. Juni 1994 Kandidatinnen und Kandi-daten von CDU, F.D.P. oder SPD einem Gegner der PDS gegenüberstehen, müs-

sen sich die demokratischen Kräfte geschlossen gegen die PDS vereinen. Somit wird der Bundesparteitag der SPD für die Partei zu einem demokratischen Prüfstein. Die Union hat sich deutlich von rechtsextremen Parteien distanziert, und konnte die Wählerinnen und Wähler dieser Parteien weitgehend für das demo-kratische Lager zurückgewinnen. Grund-lage hierfür war die Akzeptanz des Wäh-lerwillens, jedoch verbunden mit einer verstärkten Aufklärung über die unseli-geren Wahlaussagen und Ziele rechtsextre-mere Parteien. Ähnlich wie bei der Ausein-dersetzung mit ihnen macht die CDU/CSU deutlich, daß es keine Beschimp-fung der PDS-Wählerinnen und Wähler geben darf, sondern sich die notwendige Abgrenzung auf die PDS-Kader bezieht. Die demokratischen Parteien sind nun aufgefordert, in der gleichen Weise über die linksradikale Gesinnung der Ratten-fänger- und Sprechblasenpartei PDS zu informieren. Nur wenn uns dies gelingt, können wir beweisen, daß wir den Ruf der wehrhaften Demokratie zu Recht innehaben.“

CDA und MIT einig

Für eine stärkere Begünstigung der nicht aus den Unternehmen entnommenen Gewinne haben sich die Mittelstandsver-einigung der CDU/CSU (MIT) und die Christlich-Demokratische Arbeitnehmer-schaft (CDA) ausgesprochen. Eine solche Steuererleichterung stärke die Eigenkapi-taldecke der Unternehmen und erleich-tere Investitionen in neue Arbeitsplätze, sagten der MIT-Bundsvorsitzende Klaus E. Bregger und der CDA-Bundsvorsit-zende Rainer Eppelmann, MdB, in Bonn, im Anschluß an eine gemeinsame Sitzung der geschäftsführenden Vorstände von MIT und CDA. Die beiden Politiker for-derten die Aufnahme der differenzierten Gewinnbesteuerung in das Regierungs-programm der Union.

Lehrerverband gegen „staatlich abgesegnete Drogenverführung“

Die Entscheidung des nordrhein-westfälischen Justizministers Rolf Krummiek, wonach der Besitz von kleinen Mengen Heroin und Kokain straffrei sein solle, ist beim Deutschen Lehrerverband (DL) auf scharfe Kritik gestoßen.

Verbandspräsident Josef Kraus wertete einen entsprechenden Erlaß der NRW-Landesregierung als „Kampfansage an alle Eltern und Lehrer, die sich tagtäglich engagiert abmühen, Heranwachsende von Drogen aller Art fernzuhalten.

Kraus erklärte weiter: „Solche Rechtsverordnungen verhöhnen jede erzieherische Anstrengung einer Drogenprophylaxe. Jugendliche durchschauen nämlich eine solche staatliche Schizophrenie, einerseits illegale Drogen zu verbieten und von seiten der staatlich-schulischen Erziehung Drogenaufklärung zu betreiben, andererseits den privaten Konsum von illegalen

Drogen freizugeben, sehr rasch. Im Endeffekt bleibt in ihrem Bewußtsein haften, daß der Staat den Heroin- und Kokain-Konsum toleriert. Das leistet einer ohnehin schon weit verbreiteten Bagatellisierung des Drogenkonsums weiter Vorschub. Unter Erziehern in Elternhaus und Schule macht sich deswegen ohnmächtige Wut breit, denn sie können jetzt mit ihrer Absicht einer Ächtung von Drogen bald einpacken.“

Kraus wirft der sogenannten liberalen Drogenpolitik außerdem vor, daß sie nur aus der Perspektive von Drogenkonsumenten denke, nicht aber aus der Sicht der 98 Prozent drogenfreier Menschen. Letztere seien jetzt Versuchskaninchen einer vermeintlich progressiven Politik, denn vor allem junge Menschen würden zukünftig einer staatlich abgesegneten Drogenverführung und einem dann um sich greifenden Drogen-Ameisenhandel ausgesetzt. ■

Bildungsangebote der Konrad-Adenauer-Stiftung

Mit unseren Trainings zur politischen Kommunikation führen wir praxisnah in die Funktionsweisen und Instrumente der politischen Meinungsbildung und Willensbildung ein. — So die Konrad-Adenauer-Stiftung im Programm des Bildungszentrums Schloß Eichholz.

Die für die zweite Jahreshälfte vorgesehenen Trainings und deren Termine:

Kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

- 1. 7.— 3. 7. 1994 (VA Nr. 201)
- 15. 9.— 17. 9. 1994 (VA Nr. 242)
- 16. 12.— 18. 12. 1994 (VA Nr. 326)

Rhetorik für die politische Praxis

- 1. 7.— 3. 7. 1994 (VA Nr. 200)
- 12. 8.— 14. 8. 1994 (VA Nr. 210)
- 26. 8.— 28. 8. 1994 (VA Nr. 221)
- 2. 9.— 4. 9. 1994 (VA Nr. 228)
- 9. 9.— 11. 9. 1994 (VA Nr. 235)
- 30. 9.— 2. 10. 1994 (VA Nr. 253)
- 16. 12.— 18. 12. 1994 (VA Nr. 325)

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum Schloß Eichholz, Postfach 131
50387 Wesseling**

BACDJ:

Recht und Freiheit bestimmen die Rechtspolitik der CDU

Unter dem traditionellen Leitmotiv des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) — „Recht sichert die Freiheit“ — steht das erste gesamtdeutsche rechtspolitische Programm, das der BACDJ in diesem Jahr vorlegt. **Freiheits-sicherung durch Recht und Rechtsstaatlichkeit bleiben zukunftsweisende Hauptaufgabe der Rechtspolitik der CDU. Nur das Recht kann die Freiheit und die freie Entfaltung der Persönlichkeit gewährleisten. Nur ein starker, rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichteter und mit Autorität ausgestatteter Staat besitzt die notwendige Handlungsfähigkeit und die Kraft, die Freiheit des einzelnen Bürgers zu sichern.**

Der freiheitliche Staat, der sich nicht gegen seine Feinde verteidigt, verspielt die Freiheit seiner Bürger. Das rechtspolitische Programm 1994 hat deshalb einen Schwerpunkt auf die Thematik der **inneren Sicherheit** gelegt. Eine der größten Herausforderungen an die Innen- und Rechtspolitik ist die ständig steigende Kriminalität in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Alltagskriminalität, zunehmende Gewaltanwendung und vor allem organisierte Kriminalität führen zu einer wachsenden Verunsicherung in der Bevölkerung, der entschieden begegnet werden muß. Nicht nur die organisierte Kriminalität, sondern auch die Massenkriminalität muß wirksamer als bisher bekämpft werden. Der Rechtsstaat hat hier eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen.

Einen zweiten Schwerpunkt des rechtspo-

litischen Programms 1994 bildet das Kapitel „**Recht im wiedervereinten Deutschland**“. Der BACDJ begreift die Wiedervereinigung Deutschlands als Aufgabe und Chance. Das Recht des wiedervereinten Deutschlands steht vor der großen Herausforderung, das Vertrauen in den Rechtsstaat gerade der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern zu festigen und sie zu ermutigen, ihre Rechte aktiv in Anspruch zu nehmen und zu verteidigen. Zugleich bietet aber auch die deutsche Einheit die Chance, Fehlentwicklungen in der Rechtsordnung zu beseitigen, die zwar schon in der alten Bundesrepublik empfunden und kritisiert, denen aber bisher noch nicht entschieden genug begegnet wurde. Die Überkompliziertheit des materiellen und formellen Rechts und die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft sind nur einige Beispiele hierfür. Die in der Herstellung der deutschen Einheit liegende Kraft zur Erneuerung muß für eine kritische Überprüfung der Rechtsordnung genutzt werden.

■ **Transparent und bürgernah**

Im Kapitel „**Das Europa der Bürger**“ behandelt der BACDJ Fragen der europäischen Rechtspolitik. Der Zusammenschluß der europäischen Völker ist nach wie vor notwendig, um Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa zu sichern. Das Recht ist dabei die Grundlage und das wichtigste Mittel der europäischen Einigung. Für den BACDJ muß die Europäische Union deshalb bürgernahe Rechtsgemeinschaft sein.

In Rheinland-Pfalz:

CDU wieder stärkste Partei – SPD auf der Verliererstraße

Zu den Ergebnissen der Europa- und Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz erklärte der CDU-Landesvorsitzende Johannes Gerster MdB:

1. Bei den Europawahlen in Rheinland-Pfalz hat die CDU landesweit zwei Prozent gewonnen, die SPD zwei Prozent verloren. Die CDU ist nach fünf Jahren wieder stärkste politische Kraft im Lande, mit einem Vorsprung von 2,5 Prozent vor der SPD.
2. Die CDU Rheinland-Pfalz hatte seit den ersten Europawahlen im Jahre 1979 nur Stimmenverluste zu verzeichnen (von 49,2 Prozent in 1979 auf 38,7 Prozent

1989) Erstmals seit 1979 konnte die CDU ihren Stimmenanteil steigern. Dabei übersprangen wir mit 40,7 Prozent die wichtige 40-Prozent-Marke.

3. Mit diesem Europawahlergebnis liegen wir über dem Bundesdurchschnitt. Die rheinland-pfälzische CDU ist nach Baden-Württemberg der zweitstärkste Landesverband. Die Europawahl 1994 signalisiert damit eine klare Trendwende für unser Land!

4. Die SPD war vor fünf Jahren bei den Europa- und Kommunalwahlen erstmals in Rheinland-Pfalz stärkste Partei geworden. Dieses Ergebnis deutete sie als

	Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und Kreistagswahlen					
	1994		1989		Sitze	
	Anzahl	%	Anzahl	%	1994	1989
Wahlberechtigte	2 966 640		2 877 107			
Wähler	2 189 219	73,8	2 221 819	77,2		
Ungültige Stimmzettel	77 115	3,5	77 178	3,5		
Gültige Stimmzettel	2 112 104	96,6	2 144 641	96,5		
Gültige Stimmen	90 126 664		89 390 469		1 636	1 580
SPD	34 698 458	38,5	37 975 184	42,5	641	674
CDU	35 486 734	39,4	33 553 026	37,5	648	591
F.D.P	3 863 127	4,3	5 180 157	5,8	59	89
GRÜNE	7 339 163	8,1	6 637 240	7,4	132	112
NPD	55 381	0,1	93 283	0,1	0	2
ÖDP	396 279	0,4	262 959	0,3	6	6
REP	1 017 381	1,1	524 719	0,6	19	9
Wählergruppen	7 270 141	8,0	5 084 960	5,7	131	97

Signal für den Regierungswechsel im Jahre 1991 im Lande. Was vor fünf Jahren richtig war, kann heute nicht falsch sein. Das Wahlergebnis 1994 ist ein Signal für den erneuten Regierungswechsel im Jahre 1996 in Rheinland-Pfalz.

5. Bei den Kommunalwahlen haben wir den 4,5 Prozent-Vorsprung der SPD vor der CDU nicht nur wettgemacht, sondern in einen Vorsprung umgewandelt. Auch in den Kommunen sind wir wieder die Nummer eins! Dies ist umso bemerkenswerter, weil bei diesen Wahlen bürgerliche Wählergruppen der Union Stimmen abgeworben haben.

6. Dramatisch sind die Abstürze der SPD in den rheinland-pfälzischen Städten. Überall dort, wo linke und rot-grüne Experimente geprobt wurden, verlor die SPD überdurchschnittlich. Rheinland-Pfalz ist kein Exerzierfeld für linke, rot-grüne Traumtänzerinnen.

7. Der CDU wurde vor allem in den Städten unseres Landes stärker. Die Wahl von Werner Schineller mit 52 Prozent zum Oberbürgermeister von Speyer, das 45

Jahre von SPD-Oberbürgermeistern „regiert“ wurde, ist besonders erfreulich. Koblenz wollen wir bei der Stichwahl „erobern“. Auch in vielen anderen Gemeinden setzten sich unsere Bürgermeisterkandidaten überzeugend durch.

8. Die SPD-Wahlniederlage in Rheinland-Pfalz ist auch eine Scharping-Niederlage. Gegenüber der Landtagswahl 1991 verlor die SPD im Land sogar sechs Prozent.

9. Die SPD hat ihr Wahlziel, ihren Stimmenanteil von 1989 noch zu verbessern, glatt verfehlt. Die CDU hat ihr Wahlziel weit übertroffen. Seit 20 Jahren haben wir bei jeder Kommunalwahl Stimmenanteile verloren. Erstmals wurde der Abstieg nicht nur gestoppt, sondern der Trend ins Positive umgedreht.

10. Europa- und Kommunalwahlen haben bewiesen, daß die SPD/FDP-Koalition in Rheinland-Pfalz keine Mehrheit mehr in der Bevölkerung findet. Weder mit der FDP (Landesebene) noch mit den Grünen (Stadt Mainz) ist die SPD mehrheitsfähig. ■

CDU Saar:

Es geht wieder aufwärts

Zum Ausgang der Kommunalwahlen im Saarland erklärten der Landesvorsitzende der CDU, Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpfer, und der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Peter Müller:

Das Ergebnis der Kommunal- und Europawahlen im Saarland ist eine Bestätigung der Arbeit von Partei und Fraktion und eine gute Grundlage für die bevorstehenden Bundestags- und Landtagswahlen. Das Wahlergebnis macht deutlich,

daß die SPD im Saarland ihren Zenit überschritten hat. Bei der CDU geht es wieder aufwärts. Die Chancen bei der bevorstehenden Landtagswahl, die absolute Mehrheit der SPD zu brechen, sind gut.

Die SPD hat in über der Hälfte der Landkreise und in mehreren Kommunalparlamenten die absolute Mehrheit der Sitze verloren. In zahlreichen Gemeinden hat die CDU der SPD die relative Mehrheit abgenommen.

Besonders schmerzlich für die Sozialdemokraten ist ihr Ergebnis in der Landeshauptstadt Saarbrücken. Dort hat die SPD ihre absolute Mehrheit verloren, während die CDU Boden gutmachen konnte. Man darf, auch mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen, gespannt sein, welche Koalitionen die SPD in der Landeshauptstadt Saarbrücken anstrebt. All dies ist ein Zeichen dafür, daß die absoluten Mehrheiten der SPD im Saarland zu Ende gehen.

Das Wahlergebnis ist zugleich eine Niederlage für Ministerpräsident Oskar Lafontaine. Die SPD hatte im Wahlkampf in zahlreichen Publikationen die Person des Ministerpräsidenten in den Vordergrund gestellt. Anscheinend hatten die Sozialdemokraten die Wirkung der vorangegangenen Skandale unterschätzt. Daß nun ein Ergebnis erzielt wurde, das um 10 Prozent hinter dem letzten Landtagswahlergebnis zurückbleibt, ist eine Quittung für diese Skandale und doku-

Wahlergebnisse



mentiert, daß das Vertrauen in die Politik Lafontaines im Saarland deutlich zurückgegangen ist.

Mit Blick auf die zum Teil unklaren Mehrheitsverhältnisse in den saarländischen Kommunalparlamenten wird sich die CDU eine sachbezogene Zusammenarbeit mit allen demokratischen Parteien offenhalten.

Für die bevorstehenden Landtagswahlen bedeutet das Wahlergebnis erheblichen Rückenwind. Die Chancen, bei der Landtagswahl neue Mehrheiten zu finden und die absolute Mehrheit der SPD zu brechen, sind gegeben.

	<u>Kreistagswahl Saarland 1994</u>		<u>Kreistagswahl Saarland 1989</u>		Diff.	<u>Gemeinderatswahl Saarland 1994</u>		<u>Gemeinderatswahl Saarland 1989</u>		Diff.
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	834.204		839.615			830.336		837.673		
Wahlbeteiligung	614.409	73,7	663.889	79,1	-5,4	613.971	73,9	663.023	79,2	-5,3
gültige Stimmen	589.357		645.967			590.257		643.350		
SPD	261.667	44,4	295.498	45,7	-1,3	263.983	44,7	298.184	46,3	-1,6
CDU	220.262	37,4	227.960	35,3	+2,1	226.157	38,3	236.778	36,8	+1,5
Grüne	43.523	7,4	35.510	5,5	+1,9	32.514	5,5	29.172	4,5	+1,0
REP	20.310	3,4	28.501	4,4	-1,0	8.021	1,4	7.986	1,2	+0,2
WGR	19.152	3,2	12.323	1,9	+1,3	36.096	6,1	28.361	4,4	+1,7
FDP	18.435	3,1	31.897	4,9	-1,8	19.321	3,3	36.733	5,7	-2,4
APD	1.847	0,3			+0,3					
Familie	1.835	0,3			+0,3	951	0,2			+0,2
Statt	1.214	0,2			+0,2	1.245	0,2			+0,2
NPD	855	0,1	7.151	1,1	-1,0	398	0,1	2.819	0,4	-0,3
DKP	257	0,0	3.079	0,5	-0,5	722	0,1	3.011	0,5	-0,4
PDS						849	0,1			+0,1
Sonstige		0,0	4.048	0,6	-0,6		0,0	306	0,0	0,0

CDU Mecklenburg-Vorpommern**SPD biedert sich der PDS an**

Die Kommunalwahl in Mecklenburg-Vorpommern hat die CDU als stärkste politische Kraft mit 30,6 Prozent bestätigt. Die CDU konnte gegenüber 1990 knapp drei Prozent zulegen. Sozialdemokratische Hoffnungen auf rund 40 Prozent der Stimmen verwies der Wähler ins Reich der Utopien und setzte die SPD mit 25,6 Prozent auf Platz 2. Die PDS rangiert mit einem Stimmanteil von 24,3 Prozent hinter der SPD.

Der Frust der SPD sitzt so tief, daß sie sich nicht zu schade ist, jetzt mit der SED-Nachfolgeorganisation zusammen eigene Landräte und Oberbürgermeister durchzubringen. Die SPD tut alles dafür, die CDU als stärkste Partei auszubooten und schlägt sich damit auf die Seite derjenigen, die mit einer einzigartigen Geschichtsfälschung allein die Soziale Marktwirtschaft und die Demokratie für die Schwierigkeiten beim Aufbau der neuen Länder verantwortlich machen und die die grundgesetzliche Ordnung nicht akzeptiert. Nachdem über vier Jahre ein Konsens zwischen den demo-

kratischen Parteien bestand, daß man den Wende-Kommunisten gesellschaftlich und politisch keine Basis gibt, ist die SPD jetzt bestrebt, die PDS im breiten parlamentarischen Raum zu verankern. Damit macht sie sich zum Erfüllungsgehilfen der PDS-Strategie für das Wahljahr 1994, die darauf ausgerichtet ist, alles daran zu setzen, eine maßgebliche und einflußreiche Kraft in den Kommunal- und Landesparlamenten zu werden. Des weiteren etabliert sich damit in Mecklenburg-Vorpommern plötzlich wieder die Einheitsfront von 1949. Daß dieser Kurs der SPD nicht bekommt, zeigen erste Parteiaustritte.

Völlig unverständlich ist überdies die Haltung der Bündnis 90/Die Grünen. Sie verlassen ihre reformerische Wurzel aus der Zeit des Neuen Forums, das besonders von der Forderung nach der Auflösung der Stasizentralen sowie der lückengleichen Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit geprägt war. Offensichtlich hat das Bündnis 90/Die Grünen jegliches Schamgefühl gegenüber der PDS verloren und betreibt jetzt sogar gemeinsame Sache mit der Ex-SED. ■

	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	1.381.116		1.428.287		
Wahlbeteiligung	904.929	65,5	1.034.641	72,4	-6,9
gültige Stimmzettel	870.123		962.186		
gültige Stimmen	2.555.049		2.813.137		

CDU	30,6	959.719	34,1		-3,5
SPD	25,6	578.275	20,6		+5,0
PDS	24,3	535.194	19,0		+5,3
F.D.P.	5,4	179.152	6,4		-1,0
Bündnis 90/Die Grünen	4,2	60.956	2,2		+2,0
Sonstige	9,9	499.841	17,8		-7,9

Stärkste politische Kraft in Sachsen-Anhalt

„Allen Unkenrufen zum Trotz ist die CDU in Sachsen-Anhalt stärkste politische Kraft geblieben. Bei der Europawahl erzielte die CDU 30,1 Prozent und liegt damit vor der SPD mit 27,9 Prozent. Dieser erfreuliche Vertrauensbeweis für die CDU zeigt, daß die CDU bei der Landtagswahl am 26. Juni gute Chancen hat, erneut mit der Bildung einer Regierung unter Führung von Ministerpräsident Christoph Bergner vom Wähler beauftragt zu werden.

Für CDU-Landeschef Dachre ist das gute

Abschneiden der CDU dennoch kein Grund zur Entwarnung. „Die Union muß vielmehr um jede Stimme kämpfen. Insbesondere den Protestwählern müssen wir deutlich machen, daß ihre Stimmen bei der CDU gut aufgehoben sind. Vor dem Hintergrund der niedrigen Wahlbeteiligung von 66,8 Prozent bei der Europawahl besteht ein großes Mobilisierungspotential für die CDU.

Erschreckend sind die Stimmenzugewinne der SED-Nachfolgepartei PDS, die mit Angst und Ausgrenzung Wahlkampf betrieben hat und jede Form der politi-

Kommunalwahl Sachsen-Anhalt 1994 Kommunalwahl Sachsen-Anhalt 1990 Differenz

	<u>Anhalt 1994</u>		<u>Anhalt 1990</u>		Differenz
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	2.144.340		2.559.792		
Wahlbeteiligung	1.427.598	66,6	1.667.656	73,8	-7,2
gültige Stimmzettel	1.368.944		1.549.984		
gültige Stimmen	3.969.672		4.526.653		
CDU	1.240.224	31,2	1.385.725	30,6	+0,6
SPD	1.179.404	29,7	1.033.928	22,8	+6,9
PDS	722.058	18,2	573.823	12,7	+5,5
F.D.P.	313.030	7,9	483.548	10,7	-2,8
Bündnis 90/Die Grünen	250.909	6,3	2)		+6,3
Wählergruppen	155.423	3,9	288.423	6,4	-2,5
Forum	41.946	1,1	112.235	2,5	-1,4
DSU	20.766	0,5	42.505	0,9	-0,4
Republikaner	12.678	0,3			+0,3
STATT Partei	9.532	0,2			+0,2
DIE GRAUEN - Graue Panther	6.059	0,2			+0,2
mitteldeutsche Partei	4.068	0,1			+0,1
Demokratische Erneuerung	1.122	0,0			0,0
Partei Bibeltreuer Christen	247	0,0			0,0
Sonstige	12.206	0,3	606.466	13,4	-13,1

schen Verantwortung kategorisch ablehnt.“

Für Karl-Heinz Dachre ist die SPD der Wahlverlierer in Sachsen-Anhalt. „Ihr Wahlziel, die CDU-Vormachtstellung in den Kommunen zu kippen, hat die SPD nicht erreicht. Zwei Landratskandidaten der CDU hingegen sind auf Anhieb wieder als Landräte gewählt worden. In allen Kreisen wird es mit CDU-Kandidaten Stichwahlen geben.“

Die SPD in Sachsen-Anhalt ist vom Abwärtstrend der Bundes-SPD und ihres

Kanzlerkandidaten nicht verschont geblieben. „Die SPD hat es nicht geschafft, ihr Profil und ihr Programm als wirkliche Alternative herauszuarbeiten.“

Der SPD ist es nicht gelungen, ihre PDS-Konkurrenz klein zu halten. Kein Wunder, wenn sie im Wahlkampf gleich neben oder unter der PDS ihre Wahlplakate anbringt. Für die CDU in Sachsen-Anhalt hingegen laute die Lösung zum 26. Juni „30 plus X“, um auch nach der Landtagswahl wieder stärkste politische Kraft in Sachsen-Anhalt zu sein.

Ein solides Ergebnis

Der Vorsitzende der Sächsischen Union, Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, bezeichnet das Abschneiden der CDU im Freistaat Sachsen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit 39,2 Prozent der Stimmen als „ungewöhnlich zufriedenstellend“. Auch bei den Kommunalwahlen habe die CDU in Sachsen mit 38,1 Prozent ein „solides Ergebnis“ erzielt.

Dagegen wertete er das Abschneiden der SPD mit 21,6 Prozent bei den Europawahlen als „einen vernichtenden Rückschlag“ für die sächsischen Sozialdemokraten und als eine „Ermutigung für die

CDU“. Er sei stolz auf seine Partei und diejenigen, die sich besonders in den letzten Wochen nach Kräften für sie eingesetzt haben. Allerdings hat das relativ

Die Sächsische Union zum Ausgang der Kommunalwahlen

gute Abschneiden der PDS zu den Kommunalwahlen mit 16,3 Prozent aufmerken lassen, welches starke Wählerpotential die restaurativen Kräfte hierzulande offenbar immer noch haben.

Merkmal	1994			1990 ¹⁾			Veränderungen 1994 gegenüber 1990 in %-Punkten
	Anzahl	%	Sitze	Anzahl	%	Sitze	
Wahlberechtigte	3 232 514	x	x	3 746 079	x	x	x
Wähler	2 332 989	72,2	x	2 846 213	76,0	x	-3,8
Ungültige Stimmzettel	124 380	5,3	x	177 538	6,2	x	-0,9
Gültige Stimmzettel	2 208 609	94,7	x	2 668 675	93,8	x	0,9
Gültige Stimmen	6 159 471	100	1 578	7 799 638	100	3 289	x
davon entfielen auf							
CDU	2 345 553	38,1	661	3 476 439	44,6	1 454	-6,5
SPD	1 330 891	21,6	341	1 149 126	14,7	410	6,9
PDS	1 001 526	16,3	244	908 504	11,6	361	4,7
Bündnis 90/Die Grünen	472 266	7,7	103	349 650	4,5	68	3,2
F.D.P.	387 567	6,3	99	585 618	7,5	249	-1,2
REP	7 067	0,1	2	-	x	x	x
Sonstige	614 601	10,0	128	1 330 247	17,1	747	-7,1

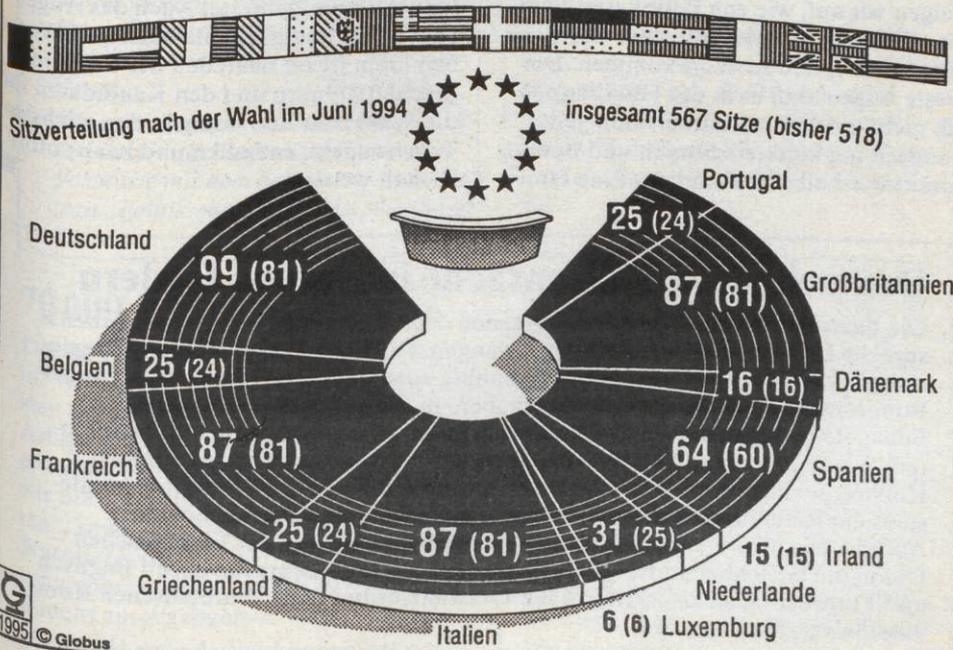
Es sei nun an der Zeit, die PDS nicht mehr nur auf schuldhaftige Vergangenheit hinzuweisen, sondern verstärkt den pseudodemokratischen Deckmantel und die gezielte Verunsicherungstaktik der SED-Nachfolgepartei in der Gegenwart zu entlarven, so der CDU-Generalsekretär, Fritz Hähle, vor Journalisten. Hähle, der zugleich im Sächsischen Landtag Vorsitzender des CDU-Fraktionsarbeitskreises im „Sonderausschuß zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch infolge der SED-Herrschaft“ ist, war oft genug Zeuge dafür, daß die PDS heute keineswegs die Partei ist, die, wie Gysi behauptet, „alles offen anspricht“.

Offenheit wird hier nur als irreführender Begriff für das Schüren sozialer Ängste verwendet. Zur Verschleierung ihrer eigenen Geschichte ist den alten und neuen

Verfechtern der kommunistischen Ideologie vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages jedes Mittel recht: Aussageverweigerung, ausweichende und irreführende Antworten, Vortäuschen von Gedächtnislücken und senilem Verhalten, nicht selten sogar offene Verhöhnung der Ausschußmitglieder.

Auf Beschluß des Landesvorstandes hat die CDU in zwei sächsischen Städten ihre eigenen Bürgermeisterkandidaten zugunsten der aussichtsreicheren SPD-Kandidaten zurückgezogen, um die drohende Wahl eines PDS-Bürgermeisters zu verhindern. „Die PDS bekommt von uns Christdemokraten in Sachsen nicht den kleinsten Finger gereicht!“, äußerte Hähle, und er weiß in dieser Haltung die gesamte Sächsische Union hinter sich. ■

Das Europäische Parlament



Auf in den Familiensommer

Familien finden leider immer seltener Gelegenheit, ihre Freizeit gemeinsam zu verbringen. Die Eltern sind durch die Erwerbstätigkeit voll in Anspruch genommen und die Kinder — dies ist ein offenes Geheimnis — haben — ob Schule oder Freizeit — eigene Verpflichtungen. Die CDU hat sich daher vorgenommen, die Familien ganz zwanglos wieder etwas enger zusammenzuführen.

Unter dem Motto „Auf in den Familiensommer“ wird ein Großteil der diesjährigen Sommerkampagne bestritten.

Gerade im „Internationalen Jahr der Familie“ soll der für die Union hoch angesiedelte Stellenwert der Familie in Gesellschaft und Politik deutlich herausgestellt werden.

Mit einer Reihe von CDU-Familienfesten zeigen wir auf, wie eng Politik und Familie miteinander verknüpft sind. Die Familien selbst sollen zu Wort kommen. Die Feste zeigen, daß es in der Familienpolitik nicht um abstrakte Interessen geht, sondern um konkrete Sorgen und Bedürfnisse innerhalb der Familien. Eine fami-

lienfreundliche Gesellschaft können wir nur alle gemeinsam gestalten.

Einige größere Familienfeste werden von der Bundesgeschäftsstelle organisiert und durchgeführt. Den Kreisparteien wird

Wahlkampf-Information



eine Reihe von Vorbereitungs- und Begleitmaterialien zur Verfügung gestellt. Der kostenlose Leitfaden „Auf in den Familiensommer — das Buch zum Fest“ enthält Tips und Anregungen für die Planung, Durchführung und die Nachbereitung der Familienfeste. Auch das Angebot an Ankündigungsplakaten und Werbemitteln ist im Leitfaden der den Kreisgeschäftsführern und den Kandidaten für die Wahl zum Bundestag in den nächsten Tagen zugeht, enthalten und kann sofort bestellt werden.

Deutsch als Arbeitssprache in Europa fördern

Die deutsche Sprache soll in den Organen der Europäischen Union als Arbeitssprache künftig volle Anerkennung erlangen. Hierfür soll sich die Bundesregierung in der Europäischen Union nachhaltig einsetzen. Diese Forderung hat der Bundesrat in einer Entschlüsselung erhoben, in der er im einzelnen anregt, Benachteiligungen der deutschen Sprache energisch aufzugreifen und strukturelle Veränderungen in den Diensten der EU-Institutionen anzustreben. Konkret sei anzustreben, daß in jeder Arbeitseinheit ein Referatsleiter, mindestens ein Referent und eine Sekretärin die deutsche Sprache beherrschen. Außerdem solle im Hinblick auf die künftige Erweiterung der Europäischen Union die Gleichbehandlung des Deutschen als Arbeitssprache neben Englisch und Französisch ausdrücklich in der Geschäftsordnung der Europäischen Kommission verankert werden.

Junge Union wirbt für „Politik ohne Bart“

Die Wahlstrategen der SPD wollen ausgerechnet mit Rudolf Scharping einen amerikanischen Wahlkampf à la Clinton führen. Scharping wird deshalb im Sommer per Bus durch die Bundesrepublik touren.

Wir, die Jungen in der Union, sagen: „Wer einen amerikanischen Wahlkampf will, kann ihn bekommen“ und präsentieren hiermit unsere Kampagne „50.000 Rasierer für eine Politik ohne Bart“.

Die Junge Union wird Rudolf Scharping während vieler Veranstaltungen vor Ort „begleiten“ und mit Flugblättern auf den Unterschied zwischen Helmut Kohls „Politik ohne Bart“ und Scharpings „Bart ohne Politik“ aufmerksam machen. Den langweiligen und dumpfen Pfeifkonzerten weniger Störer während Veranstaltungen des Bundeskanzlers wollen wir eine pffiffige und doch inhaltliche Aktion entgegensetzen.

Kern der Kampagne sind 50.000 Rasierer, unsere „Scharp-shaver“, auf einer Postkarte mit dem bekannten Kohl-Portrait „Politik ohne Bart“, die wir überall

... das ist die Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl. Weil sie auf Zukunft setzt, uns fit für neue Herausforderungen macht und den notwendigen Modernisierungsschub für neue Jobs mit Zukunft sichert.

Die Politik von Helmut Kohl findet weltweit Anerkennung: Außersportliche Erfolge, die Übernahme internationaler Verantwortung, eine leistungsorientierte ökonomische und soziale Marktwirtschaft, die Förderung neuer, lebenswichtiger Technologien. Rückenswind für neue Ideen - kurzum eine „POLITIK ohne Bart“.

Und wie finden wir den Dahinschwund Scharping? Meistens gar nicht! Weil er abtaucht, wenn es um konkrete Vorschläge geht. Oder er greift zu alten, untauglichen Rezepten aus der politischen Mörtelkiste, um seine „alte Tante“ SPD überhaupt einmal auf Kurs zu bringen.

Die JUNGE UNION wartet auf Zukunft! Wenn Scharping glaubt, uns „Bart ohne Politik“ verkaufen zu können, hat er sich mächtig geirrt.

JUNGE UNION
DEUTSCHLANDS

in Deutschland verteilen werden. Wir wollen aufzeigen, daß Scharpings „Politik mit Bart“ eine Politik der alten, unkonkreten Rezepte und Helmut Kohls „Politik ohne Bart“ zukunftsgerichtet, interessant und jugendgemäß ist.

70 000 weniger arbeitslos

Die durchschnittliche Arbeitslosenzahl im Westen wird in diesem Jahr nach jüngsten Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit um rund 70.000 niedriger liegen als erwartet. „Es bestehen gute Chancen, daß wir die 2,6 Millionen knapp unterschreiten“, sagte Präsident Bernhard Jagoda in Nürnberg. Bislang war die Arbeitsverwaltung von 2,67 Millionen (1993: 2,27 Millionen) ausgegangen.

„Das sind erste Auswirkungen der ver-

besserten Konjunkturlage“, sagte der Präsident. „Im verarbeitenden Gewerbe ist die Stellennachfrage schon spürbar besser“. Im Osten dagegen werde der veranschlagte Jahresdurchschnitt von 1,2 Millionen (1993: 1,15 Millionen) wohl nicht unterschritten werden können, meinte Jagoda. Zwar entwickle sich auch hier die Produktion lebhafter als angenommen. Die Arbeitslosenzahl werde jedoch gleichzeitig durch Kürzungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ungünstig beeinflusst.

SOZIALES NETZ



**Der deutsche
Sozialstaat:
Eine Leistung
der CDU**



**SICHER IN DIE Z
CDU**

SPORTPOLITIK



**Sport
im vereinten
Deutschland**



**SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU**

FAMILIE



**für Kinder -
für Familien
Alleinerziehende**



**DIE ZUKUNFT
CDU**

Aktuelle Faltplätter

Der deutsche Sozialstaat: Eine Leistung der CDU

Bestell-Nr.: 2798

Sport im vereinten Deutschland

Bestell-Nr.: 2923

Mehr für Kinder — mehr für Familien und Alleinerziehende

Bestell-Nr.: 2806

Verpackungseinheit jeweils:
100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 19 DM

Sloganplakat

Bestell-Nr.: 7931 Format DIN A1

7932 Format DIN A0

Verpackungseinheit: jeweils 50 Expl.

Preise je 50 Plakate:

DIN A1: 19,50 DM

DIN A0: 39,50 DM

CDU T-Shirt

Nr.: 9783 Größe M

Nr.: 9784 Größe XL

Nr.: 9785 Größe XXL

Verpackungseinheit: 1 T-Shirt

Preis je T-Shirt: 11,30 DM

AUF IN DEN SOMMER UND MIT SCHWUNG IN DEN HERBST

CDU



Motivplakat

Bestell-Nr.: 7927 Format DIN A1
7926 Format DIN A0



Winddrachen mit 25 m Schnur

Bestell-Nr.: 9260
Verpackungseinheit: 5 Stück
Preis je 5 Stück: 16 DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

Universaltasche

Mit dieser großen Universaltasche können Sie nicht nur Einkaufen gehen, auch im Schwimmbad oder beim Picknick bietet sich der Einsatz dieser Tasche an. Reißfestes Nylongewebe, eine zusätzliche Reisverschlußtasche an der Außenseite sowie die Supergröße von 53 x 40 cm sind die hervorstechenden Merkmale dieser Tasche.

Bestell-Nr.: 9442

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je Einheit: 40 DM

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64, 33759 Versmold
Fax (0 54 23) 54 69, 4 15 21
und 4 28 20

Preise zuzüglich MwSt.
inklusive Versand



UiD

21/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementpreis jährlich 52,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:**  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.